

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1/4 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen eingetragenen Expeditionen angenommen. Die je nach Platzgröße und Lage verschiedene Preisklassen betragen 0 bis 10 Pfennig, die Restameile 20 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

**Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.**

Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 21 | Postfach-Konto: Berlin 62 448 | **Donnerstag, den 5. Februar 1925** | Postfach-Konto Berlin 62 448. | 24. Jahrg.

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die Reinigung der Schornsteine findet vom 5. bis zum 14. d. M. in Birkenwerder statt.

Zugelaufen ein Hund. Derselbe soll im Termin am Donnerstag, den 5. d. M. vorm. um 10 Uhr, im Zimmer 6 des hiesigen Rathhauses öffentlich meistbietend versteigert werden. Rechte an dem vorbezeichneten Hund sind bis zum Termin im Zimmer 5 des Rathhauses geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist wird gemäß § 9 und § 9 a der Dienstverordnung vom 22. Oktober 1899 betr. die polizeiliche Behandlung der Hundejahnen verfahren.

Birkenwerder, den 4. Februar 1925.  
Der Amtsvorsteher. J. B. Pieper.

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Steuern vom Grundvermögen, vom Gewerbeertrag und Kapital und die Hundesteuern sind für Januar (Gewerbe- und Grundsteuer für Februar) bis zum 16. Februar d. Js. in der Gemeindekasse zu zahlen.

Bis zum gleichen Tage müssen die Voranmeldungen zur Gewerbesteuer vom Ertrage für Monat Februar 1925 nach dem Umfange des Monats Januar 1925 im Zimmer 2 des Rathhauses abgegeben sein. Vorbrüche hierfür sind im Zimmer 2 des Rathhauses käuflich zu haben, bei verspäteter Abgabe der Voranmeldungen erfolgt die Festsetzung eines Zuschlages zur Steuer und die Festsetzung des Umfanges im Wege der Schätzung.

Birkenwerder, den 4. Februar 1925.  
Der Gemeindevorsteher.  
J. B. Rosenau, Gemeindefeldsch.

### Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Vom 5. d. M. ab finden die Sprechstunden für die Schulungs- und Mütterberatung jeden Donnerstag von 2-3 Uhr nachmittags im Gemeindebüro statt.

Borgsdorf, den 4. Februar 1925.  
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

### Bergfelde.

Die Anmeldung der zu Eltern d. Js. neu eingeschulenden Kinder erfolgt am Montag, den 9. Februar 1925, mittags 12 Uhr. Zur Einschulung gelangen die Kinder, die bis 30. Juni d. Js. das 6. Lebensjahr vollendet haben.

Bergfelde, den 3. Februar 1925.  
Rühn, Schulleiter.

### Was gibt es Neues.

- Der Reichstag trat am Dienstag wieder zu einer Plenarsitzung zusammen.
- Reichskanzler Dr. Luther wird am 11. Februar zum Besuche der württembergischen Regierung in Stuttgart eintreffen.
- Der Aelterntag des Preussischen Landtages beschloß, die endgültige Wahl des Landtagspräsidenten auf den 10. Februar zu verschieben.
- Die Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei wählte einstimmig den Grafen Westarp zum Vorgesetzten.
- Staatssekretär Trendelenburg ist nach Paris zurückgekehrt.
- Der Flugschüler v. Wilsen stürzte auf dem Staaken-Flugplatz mit seinem Flugzeug in die Havelniederung und fand dabei seinen Tod.
- Der Kreisrat von Ostvorpommern protestiert gegen den französischen Raubbau in den Saargruben.
- Auf Weisung Abd el Keims wurde Raisuli als Gefangenener nach Schiffschauen gebracht.

### Herriots Sieg über den Vatikan.

Die Abschaffung der Gefandtschaft beschlossen. In der französischen Kammer begann die Aussprache über den Kredit für den Unterhalt der französischen Vertretung am Vatikan. Die Opposition brachte einen Antrag auf Ueberweisung der Frage an die Finanzkommission ein. Nach lebhafter Debatte schritt man unter großer Bewegung zur Abstimmung. Als Ergebnis der Abstimmung wurde bekanntgegeben, daß die Kammer mit 314 gegen 250 Stimmen die Aufhebung des Postens eines französischen Gefandten beim Vatikan beschlossen habe. Herriot stellte die Vertrauensfrage. Darauf beschloß die Kammer mit 402 gegen 63 Stimmen, die Aussprache über die Kreditfrage fortzusetzen.

Während der Aussprache kam es wiederholt zu lärmenden Zwischenfällen. Dem Historiker Madeline, der die Auffassung der Opposition wiedergab, wurde eine anhaltende Kundgebung dargebracht. Er versuchte nachzuweisen, daß die Vertretung am Vatikan auch praktischen Wert habe.

Der frühere Ministerpräsident Lehgues führte die Gründe auf, aus denen Frankreich am Vatikan vertreten sein muß. Er wies auf das Uebergewicht und die Beziehungen des Zentrums in Deutschland zum päpstlichen Stuhl hin. Der Abbruch der Beziehungen zum Vatikan würde die schlimmsten Folgen nach sich ziehen und der Ausöhnung der Völker einen schweren Schlag verzeihen.

### Herriot über Elsaß-Lothringen.

Herriot wandte sich dann gegen alle Unterstellungen, die man der Regierung mache. Mit der Aufhebung der Gefandtschaft am Vatikan wolle sie den Vorrechten der Katholiken keinen Abbruch tun. Sie könne sich aber die Versuche nicht gefallen lassen, das Schicksal Frankreichs mit dem Schicksal des gläubigen Katholiken zu verknüpfen. Sie der elassischen Frage zuwendend, sagte Herriot, daß die Regierung in lokaler Weise den Vorschlag des Staatsrats zur Ausführung bringen werde. Sie beabsichtige, einen Missionar, von zwei Beamten begleitet, als Vertreter Elsaß-Lothringens zu entsenden und zu diesem Zweck einen Kredit von 58 000 Franken anzulegen.

Gegen diese Lösung wandte sich der frühere Minister Colrat, der ausführte, daß die Regierung eine eigentümliche Methode einschlage, um Elsaß-Lothringen in Frankreichs Mutterchoß zurückzuführen.

### Der Senat gegen die Aufhebung?

Eine der Voucherguppe nahestehende parlamentarische Persönlichkeit bezeichnete die von der Kammer beschlossene Aufhebung der Vertretung am Vatikan als eine leere Geste, der der Senat mit überwiegender Mehrheit die Zustimmung versagen werde. Die Vorlage werde erst in ungefähr vier Wochen vor den Senat kommen. Man erwarte von Herriot, daß er die Vertrauensfrage nicht stellen werde.

### Die preussische Kabinettsfrage.

Braun will seine Versuche fortsetzen. In einer interfraktionellen Sitzung des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten berichtete der preussische Ministerpräsident Braun über seine Versuche, ein Kabinetts zu bilden und erklärte, daß er die Versuche fortsetzen werde, da er noch nicht alle Möglichkeiten für erschöpft halte. Aus Kreisen der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt, daß Braun in der Besprechung mit Dr. v. Campe die Frage stellte, ob die Deutsche Volkspartei zur Koalition zurückkehren wolle. Diese Frage wurde verneint.

In politischen Kreisen glaubt man nicht, daß Braun mit seinen Bemühungen Erfolg haben werde, und so rechnet man damit, daß er in den nächsten Tagen seinen Auftrag zurückgeben werde. In diesem Fall dürfte von der Weimarer Koalition ein Zentrumsmitglied zum Ministerpräsidenten gewählt werden.

Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ erfahren, ist die Zentrumsfraktion erneut an den Landeshauptmann Horion herantreten, um mit ihm Fühlung wegen der Ministerpräsidentenschaft in Preußen zu nehmen. Horion wird in den nächsten Tagen nach Berlin fahren, um sich mit den Führern der Zentrumsfraktion in Verbindung zu setzen.

Nach Andeutungen demokratischer Blätter glaubt man, daß es unter Führung des Zentrums leichter gelingen werde, die Weimarer Koalition zu verbreitern. Insbesondere hofft man auf Unterstützung durch die Wirtschaftliche Vereinigung oder wenigstens durch die ihr angehörigen sechs Welfen.

### Die Ruhrkredite.

Der Briefwechsel zwischen Stinnes und der Reichsregierung.

Aus der Denkschrift der Reichsregierung über die Ruhrkredite werden jetzt Einzelheiten bekannt. Von besonderem Interesse sind daraus die Mitteilungen über den Briefwechsel, der im Herbst 1923 zwischen Hugo Stinnes und der damaligen Reichsregierung geführt wurde.

Die Diskussion wurde durch ein Schreiben von Hugo Stinnes im Auftrage der westfälischen Industrie am 7. Oktober 1923 an den damaligen Reichskanzler Stresemann eröffnet. Das Schreiben enthielt die Anfrage, ob die Reichsregierung damit einverstanden sei, daß die Forderungen mit den Befugungsbeschränkungen für einen modus vivendi verständlich und ob die Regierung bereit sei, die beschlagnahmten und gelieferten Kohlen, sowie die weiteren Lieferungen an Frankreich zu bezahlen. Man sei dann bereit, die Arbeit und die Lieferungen aufzunehmen.

Die Antwort wurde am 12. Oktober erteilt. In

Ihr geht, wie aus allen anderen Schreiben, hervor, daß es sich nicht um eine Privatkorrespondenz Stresemanns und auch nicht um eine solche des Reichskanzlers handelte. Vielmehr ist die Erwiderung ausdrücklich zugleich im Namen der Reichsregierung erfolgt.

### Das zweite Schreiben

ist am 20. Oktober an den Reichskanzler gerichtet. Die Forderungen erklären darin, daß sie bereit seien, die Leistungen an die Franzosen und Belgier fortzusetzen, wenn der Wert ihnen gutgeschrieben und nach der Erdnung der Reichsfinanzen vergütet werde. Sie schlugen ferner vor, ihnen die Lieferungen auf ihre Steuern anzurechnen.

Auf Grund dieses Schreibens hat dann am folgenden Tage eine Ministerkonferenz stattgefunden, zu der wegen der Bedeutung der Angelegenheit auch der damalige preussische Ministerpräsident Otto Braun hinzugezogen wurde. Das Ergebnis war ein einstimmiger Beschluß, — in dem also das Reichskabinetts und das preussische Kabinetts übereinstimmten — mit der Industrie auf Grund des Vorschlages zu verhandeln, den die Forderungen gemacht hatten.

In diesem Sinne wurde am 21. Oktober ein Schreiben an Hugo Stinnes gerichtet. Was die Ausgleichung der Entschädigungssummen anlangt, die auf wurde, als nach Stabilisierung der Währung und den Vorhandensein von Ueberflüssen im Etat der Zeitpunkt für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen eintrat, so ist sie nicht mehr Sache des Kabinetts Stresemanns, sondern eine Angelegenheit des Reichsfinanzministeriums. Bei der gewissenhaftigkeit des Finanzgebarens dieses Amtes kann man mit aller Sicherheit annehmen, daß die Verpflichtungen des Reiches sicher nur im Umfange gerechtfertigter Entschädigungen erfüllt worden sind.

### Deutscher Reichstag.

— Berlin, 3. Februar.

Das Haus nimmt zunächst in erster und zweiter Lesung das Abkommen mit der Fischelstowatel über Erleichterungen im Grenzverkehr an. Ein kommunikativer Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Ruhrkredite und Anlagenerhebung gegen die Regierungen Stresemann, Cuno, Marx und Luther erledigt sich dadurch, daß gegen die sofortige Behandlung Widerspruch erhoben wird. Dann wird das Wirtschaftsabkommen mit Stant dem Auswärtigen Ausschuss übergeben. Hierauf folgt die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Vom Ausschuss liegen hierzu zahlreiche Entschlüsse vor. In der Aussprache wandte sich der Sozialdemokrat Dikmann gegen die Verlesung des Budgets des Reichstags und gegen die Politik des Arbeitsministeriums in der Arbeitszeitsfrage.

Abg. Koch-Düsseldorfer fordert einen wirksamen Preisabbau und eine wesentliche Vereinfachung des Verwaltungsapparates in der Sozialversicherung. Abg. Stegerwald (Ztr.) fordert Verbesserung der Invalidentrenten und der Sätze der Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Thiel (D. Sp.) hält eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern für notwendig.

Zur Frage der Ruhrkredite bemerkte der Redner, daß es sich hierbei nur um die Erfüllung eines von der Regierung gegebenen Versprechens handle, das auch im Interesse der Arbeiter liege.

Nach weiterer unerheblicher Debatte vertagt sich das Haus.

### Deutsches Reich.

Der Auftrag Trendelenburgs. Staatssekretär Trendelenburg ist am Dienstag nach Paris zurückgekehrt. Die ihm von dem neuen Kabinetts übertragenen Aufgaben bezieht Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen mit dem Ziele einer definitiven Regelung. Dabei sollen die Waren, für die ein deutsches Exportinteresse besteht, die de-facto-Meißbegünstigung erwirk bekommen, da die de-jure-Meißbegünstigung nach den französischen gesetzlichen Grundlagen für Handelsverträge nicht zu erlangen ist. Zu betonen ist dabei, daß die Reichsregierung, wie bei allen deutschen Handelsvertragsverhandlungen und auch in erster Linie bei denjenigen, unbedingt darauf festhält, eine Vermengung der Wirtschaftspragen mit politischen Interessen zu vermeiden.

W estellungen auf unsere Zeitung für den Monat Februar nehmen noch alle Postämter sowie die Briefträger täglich entgegen. — Bereits erschienene Nummern werden nachgeliefert.